



# **Niederschrift**

**über die Sitzung  
des Schulträgersausschusses  
am 24.05.2011**

## **Anwesend**

### **- Vorsitz**

Kurt Merkator

### **- Mitglieder**

#### **Stadtratsmitglieder**

Gunther Heinisch, MdL

Nico Klomann (Stellvertretung für Frau Rößner)

Martina Kracht (Stellvertretung für Frau Konrad)

Norbert Solbach (Urkundsperson)

Karin Trautwein

Sissi Westrich

Cornelia Willius-Senzer (Urkundsperson)

#### **Lehrervertreter**

Joachim Bliemeister

Margitt Dahm

Ibolya Havel-Scheuermann

Armin Mößmer

Valeriano Sierra Haupt

#### **Elternvertreter**

Leander Borg

Ingrid Braun

Manfred Ladwig

Anja Selle-Uersfeld

#### **Stadtschülerrat**

Klara Sophie Mladinic

#### **Vertreter Arbeitnehmer**

Ludwig Julius

### **- Verwaltung**

Dieter Stillger, Dezernat IV  
Petra Henkel, Amt 40  
Joachim Becker, Amt 40  
Andrea Reith, Amt 40 (anwesend bis Top 6)  
Klaus-Dieter Wagner, Amt 40

### **- Gäste**

Manfred Barthen, Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion  
Oliver Bördner, Amt 50  
Cornelia Hain, Amt 50

### **- Schriftführung**

Ulf Cöster

### **Entschuldigt fehlen**

#### **- Mitglieder**

Dagmar Brandmüller  
Klaus Heck  
Nadya Konrad  
Christel Liefke  
Ruth Ludwig  
Sabine Maskow  
Tabea Rößner, MdB  
Erwin Steilen

# **Tagesordnung**

## **a) nicht öffentlich**

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 14

## **b) öffentlich**

2. Inklusion- Sachstand der Umsetzung der UN-Konvention bei den Landesbehörden
3. Kurzfassung des Abschlussberichtes "Integration durch Sozialraumorientierung"
4. Sportanlage in der Schillstraße
5. Zusammenlegung Grundschule Berliner Schule und Grundschule Ludwig-Schwamb-Schule
6. Namensgebung für die Realschule plus Mainz-Gonsenheim
7. Bildungs- und Teilhabepaket, Fortführung der freiwilligen Leistungen "Härtefonds" und "Lernmittelfonds"
8. Weiterentwicklung der BBSen
9. Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 152/2006 der FDP-Stadtratsfraktion
10. Sachstandsbericht zu Antrag 0572/2008 ödp/Freie Wähler, Stadtrat, sowie Änderungsanträge 0646/2008 Bündnis 90/DIE GRÜNEN und 0649/2008 SPD
11. Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 2257/2010 der Stadtratsfraktion ödp/Freie Wähler
12. Sachstandsbericht zu Antrag 0387/2011 CDU-Stadtratsfraktion
13. Sachstandsbericht zu Antrag 2274/2010 FDP Stadtratsfraktion
14. Mitteilungen/Verschiedenes

## öffentlich

### Punkt 2      Inklusion- Sachstand der Umsetzung der UN-Konvention bei den Landesbehörden Berichterstatter: Herr Barthen/ADD

Die Ausschussmitglieder nehmen den Vortrag von Herrn Barthen (als Anlage anbei) zur Kenntnis.

#### Situation der Förderschulen in Mainz, Schuljahr 2011/12:

	<b>Gutachten insgesamt</b>	<b>Davon gehen in Regelschulen</b>	<b>Davon gehen in Schwerpunktschulen</b>	<b>Davon bleiben in der Förderschule</b>
Windmühlenschule	104	32	40	24
Peter-Jordan-Schule	15	1	6	7
Astrid-Lindgren-Schule	82	20	5	56

Herr Mößmer fragt zur Absichtserklärung der Landesregierung, ob Regelschulen verstärkt Angebote wie z.B. Schwerpunktschulen vorhalten sollten.

Herr Barthen verweist auf die „Schuldenbremse“ der Landesregierung, wodurch solche Entwicklungen nur langsam zu erreichen seien. Neben finanziellen Mitteln seien auch gut ausgebildete Lehrkräfte erforderlich.

Herr Solbach möchte wissen, wann man genaue Planungen zu Stellenzuweisungen erhalten könne und ob die Schulbaurichtlinien entsprechend angepasst würden.

Herr Barthen macht darauf aufmerksam, dass noch keine Beschlüsse hierzu gefasst wurden. Diese müssten mit den Spitzenverbänden abgestimmt werden. Eine Lösung von Raumfragen könne auch in den bestehenden Schulbaurichtlinien gefunden werden. Abschließende Antworten nach den Ressourcen könnten derzeit jedoch noch nicht gegeben werden.

Frau Kracht fragt nach der Vision der Landesregierung, wie die jetzigen Förderschulkinder integriert werden sollen.

Herr Barthen weist auf den umfänglichen Förderbedarf einiger Kinder hin. Derzeit würden neue Leitlinien mit den Jugendämtern entwickelt, um eine vermehrte Förderung an Regelschulen (analog Bremen und Hamburg; Rebuszentren) einzurichten.

Frau Westrich erkundigt sich, ob und wie der Sozialraum bei der Inklusion einbezogen werde (Beispiel Grundschule Lerchenberg).

Herr Barthen weist auf die Verbindungen der Schulen mit dem jeweiligen Sozialraum hin. Es gebe Schulen, die Beschlüsse gefasst hätten, keine Schwerpunktschule einzurichten. Man könne jedoch nicht gegen das geltende Schulrecht stimmen. Erster Fokus des Landes sei es, die Schule und die Eltern „mitzunehmen“, z.B. durch die Kontaktaufnahme zu den Elternbeiräten und der Bevölkerung.

Frau Braun teilt die Visionen der Landesregierung, die Inklusion solle aber letztlich den Kindern dienen, deshalb solle eine gründlich geplante Umsetzung im Vordergrund stehen.

Herr Barthen stellt klar, dass es vor allem darum gehe, die Menschen am Prozess zu beteiligen. Bei den Grundschulen würde sich die Lage durch geringere Schülerzahlen künftig entspannen. Auch die Haltung der Lehrkräfte sei entscheidend. Ressourcen müssten deshalb gut bedacht verteilt werden. Der Effekt von heterogenen Gruppen müsse genutzt werden.

Herr Ladwig erklärt, dass es nicht förderlich sei, 15 Lehrerstellen abzubauen.

Herr Barthen weist darauf hin, dass diese Stellen nicht wegfielen, sondern verlagert würden an Standorte, wo sie benötigt würden (von den Förderschulen an die Regelschulen).

Herr Julius bemerkt, dass in der Sekundarstufe I ein vermehrter Bedarf für Schwerpunktschulen vorhanden sei und fragt nach dem weiteren Prozedere bei der Stadt Mainz und ob auch die Gymnasien bei der Inklusion innerhalb der Sekundarstufe I eine Rolle spielen würden.

Herr Barthen erklärt, dass auch Gymnasien bei den Schwerpunktschulen berücksichtigt würden (z.B. in Pirmasens und Kaiserslautern). Interessierte Schulen könnten sich an die ADD wenden. Die ADD werde dann auf die Stadt Mainz zukommen.

Herr Merkator bemerkt, dass der Schulträger bei der Einrichtung von Schwerpunktschulen bislang nicht beteiligt wurde.

Frau Trautwein fragt nach der Umsetzung des Elternwillens.

Herr Barthen teilt mit, es sei beschlossen, dass dem Elternwillen stattgegeben werden solle. Für die nächsten 2 Schuljahre sei das System der Schwerpunktschulen und Regelschulen sichergestellt.

Frau Dahm macht deutlich, dass es um individuelle Förderung von Kindern gehe. Deshalb gebe es unterschiedliche Förderbedarfe, viele Kinder seien an der Förderschule am besten aufgehoben. Künftig solle diese Möglichkeit weiterhin bestehen. Herr Barthen weist auf die Untersuchung von Prof. Klemm, die für die Bertelsmann-Stiftung erstellt wurde, hin.

Herr Merkator erklärt, dass seitens der Stadt Mainz die Jugend- und Schulentwicklungsplaner Konzepte erstellen würden. Zunächst müsse ein Monitoring über den Ist-Zustand in Mainz stattfinden.

Herr Barthen weist darauf hin, dass bei der Umsetzung des Elternwillens Gespräche zwischen der ADD und dem Schulträger vorgesehen seien.

### **Punkt 3**      **Kurzfassung des Abschlussberichtes "Integration durch Sozialraum-**

**orientierung"**  
**Vorlage: 0345/2011**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

**Punkt 4**            **Sportanlage in der Schillstraße**  
**Antrag: 2296/2010**

Herr Solbach begründet den Antrag, stellt die Abstimmung hierüber aber zurück.

Die Ausschussmitglieder nehmen dies zustimmend zur Kenntnis.

**Punkt 5**            **Zusammenlegung Grundschule Berliner Schule und Grundschule**  
**Ludwig-Schwamb-Schule**  
**hier: Aufhebung der Grundschule Berliner Schule und Erweiterung**  
**der Grundschule Ludwig-Schwamb-Schule nach § 91 Schulgesetz**  
**und Anpassung des Schulbezirks nach § 62 Schulgesetz**  
**Vorlage: 0788/2011**

Die Ausschussmitglieder stimmen der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Punkt 6**            **Namensgebung für die Realschule plus Mainz-Gonsenheim**  
**Vorlage: 0792/2011**

Dieser TOP wurde vertagt.

**Punkt 7**            **Bildungs- und Teilhabepaket, Fortführung der freiwilligen Leistungen**  
**"Härtefonds" und "Lernmittelfonds"**  
**Vorlage: 0838/2011**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage vor.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Punkt 8**            **Weiterentwicklung der BBSen**  
**- mündliche Berichterstattung**

Der Vorsitzende erklärt, dass mittlerweile zwischen Landkreis und Stadt Mainz beschlossen wurde, die Zentrenbildung durch eine Expertengruppe zu bewerten (Vertreter werden eine Schulleitung der BBS pro Gebietskörperschaft -Landkreis und Stadt Mainz-, der IHK, der Handwerkskammer, der Landkreiswirtschaft, der Stadtwirtschaft, der Schulentwicklungsplaner sowie je 1 Vertreter des Landkreises und der Stadt Mainz sein). Dabei gehe es um ein Gesamtkonzept zur Zentrenbildung und Umstrukturierung der BBS-Standorte. Die ADD und Ministerium haben eine Beteiligung an diesem Gremium abgelehnt.

Die Expertengruppe wird kurzfristig tagen, noch vor der Sommerpause. Die dort erarbeiteten Vorschläge werden den Gremien vorgestellt.

Die im Vorfeld aufgeworfenen 3 Fragen von Frau Havel-Scheuermann werden wie folgt beantwortet:

1. Ist der Schulentwicklungsplan für BBS für den Landkreis Mainz-Bingen, der bei der Kreistagsitzung in Ingelheim am 01.04.2011 vorgestellt wurde, der aktuelle, endgültige und offizielle Schulentwicklungsplan für BBS für die Stadt Mainz?

Nein, der Schulentwicklungsplan für die BBSen läuft unabhängig vom allgemeinen Schulentwicklungsplan und darf als Entwurf mit Vorschlagscharakter verstanden werden.

2. Wurde dieser Schulentwicklungsplan der ADD und dem MBWJK zugeleitet?

Nein.

3. Zeitplan?

Ein fester Zeitplan für den Verlauf kann erst nach Abschluss der Diskussion gegeben werden. Von beiden Schulträgern wird allerdings ein Abschluss möglichst noch vor dem Jahresende angestrebt, weil Investitionsentscheidungen anstehen.

Letztlich wird der offizielle Akt die Beschlussfassung im Schulträgerausschuss sein.

Frau Willius-Senzer weist auf die Teilkonzeption des Schulentwicklungsplans hin. Allerdings sei, noch vor Erstellung eines Gesamtkonzepts, einiges unklar. Sie fragt nach den finanziellen Vorteilen der Stadt Mainz bei einer Zusammenlegung oder Verlagerung der BBS II in den Landkreis. Sie bittet, auch die Ausbildungssituation zu berücksichtigen.

Herr Merkator stellt fest, dass dies explizit ein Ergebnis der Expertengruppe sein soll. An laufenden Sach- und Personalkosten inkl. Schülerbeförderung seien für die BBS II ca. 235.000,- € jährlich aufzuwenden.

Frau Braun stellt auf das Papier von Herrn Krämer-Mandau ab. Fraglich sei, weshalb die Landkreiskinder nicht die Landkreisschulen besuchen würden.

Herr Merkator antwortet, dass es die Fachklassen, die diese Kinder/Jugendliche besuchen, nur an den Mainzer BBSen gebe, nicht an den BBSen im Landkreis.

Herr Solbach bittet, auch den Fachverstand der BBSen bei der Expertengruppe mit einzubeziehen. Bei der BBS II-Diskussion solle auch das Angebot von sozialen Berufen integriert werden.

Herr Heinisch erwartet ein abgestimmtes Gesamtkonzept, deshalb sei eine Diskussion momentan schwierig.

Herr Julius bemängelt, dass auf der Basis des Schulentwicklungsplans vom 01.04.2011 die jetzigen Äußerungen für einzelne Schulen getätigt würden. Zunächst



solle ein Gesamtkonzept erarbeitet werden. Wichtig sei ein offener Prozess, nicht nur unter finanzpolitischen Vorgaben, sondern auch nach dem Ausbildungsangebot.

Herr Merkator weist auf die 12,7 Mio. € des Entschuldungspakts hin, die als Einsparungen vorzulegen sind. Dies sei nicht der einzige Gesichtspunkt, sondern beispielsweise auch die Ressourcen, die Standortsicherung und eine Optimierung der Schulstandorte zwischen Landkreis und Stadt Mainz. Die Expertengruppe stelle Alternativen vor, die städtischen Gremien würden eine Wahl treffen, die ADD letztlich entscheiden.

Frau Westrich spricht an, dass eine Lösung auch durch Ausgleichszahlungen einzelner Kommunen bestehen könnte.

Herr Merkator berichtet, dass die Stadt Mainz 14.000,-€ jährlich von anderen Kommunen bekomme.

Frau Havel-Scheuermann erklärt, dass heute mehr Transparenz geschaffen werden solle. Alle Schulleitungen aus Mainz und aus dem Landkreis hätten sich von Anfang an beteiligt. Die Zahlen seien bereinigt worden. Das Thema zu den Klassenmesszahlen und auch die Aussagen zu den allgemein bildenden Schulen sollten nochmals mit dem Schulentwicklungsplaner Krämer-Mandau diskutiert und geklärt werden. Sie fordert eine Gleichbehandlung aller Schularten. Derzeit würden insgesamt ca. 2.000 Schüler aus den Landkreisen in Mainz beschult, davon ca. 300 an BBSen. Sie fragt, ob es auch für den allgemein bildenden Bereich eine Expertengruppe gebe. Wichtig wäre es, den Unterbau in den BBSen aus den Landkreisen zu stärken. Es müsse möglich sein, dies sachlich zu diskutieren.

Herr Merkator erklärt, dass dieses Verfahren sehr transparent sei und alle Beteiligten sehr früh einbezogen wurden. Eine sachliche Diskussion sei seitens der Verwaltung ständig festzustellen. Er bittet, die Zahlen, die nachzubessern seien, an die Verwaltung weiterzuleiten.

Frau Havel-Scheuermann stellt fest, dass insbesondere die Seite 15 des SEP falsche Aussagen enthalte.

Herr Merkator sagt zu, diese Zahlen erneut mit Herrn Krämer-Mandau zu besprechen. Die Aufnahmezahlen auswärtiger Schüler seien in den letzten 2 Jahren fast halbiert worden, u.a. durch Maßnahmen unter Beteiligung der ADD. Entscheidungen auf Kostenbasis seien notwendig, wenn auch nicht vorrangig.

Herr Sternal bittet, den Prozess nicht nur aus ökonomischer Sicht zu bewerten. In der Expertengruppe sollten 2 Vertreter der BBS aus Mainz kommen.

Herr Julius schließt sich der Forderung von Herrn Sternal an, aufgrund der Vielzahl der Fachrichtungen in Mainz. Auch die örtliche Personalvertretung solle der Expertengruppe stimmberechtigt teilnehmen.

Frau Mladinic bittet, auch die Schülervertretung an dieser Expertengruppe zu beteiligen.

Herr Merkator betont, dass die Expertengruppe eine „Hilfsgruppe der Verwaltung“ sein soll. Es sollten schnell effektive Ergebnisse (= Vorschläge) erzielt werden. Weder er noch der Vertreter des Landkreises seien bereit, eine Erweiterung der Expertengruppe vorzunehmen.

Herr Mößmer bittet, die Angaben von Herrn Krämer-Mandau genau und kritisch zu prüfen.

Herr Reuther bittet, den Fachverstand der Mainzer BBS-Schulleitungen in die Expertengruppe stärker mit einzubeziehen. Er bezweifelt die Korrektheit der Daten von Herrn Krämer-Mandau, insbesondere im Hinblick auf Teilzeit- und Vollzeitschüler.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

**Punkt 9**                    **Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 152/2006 der FDP-Stadtratsfraktion betreffend Hauptschule stärken, Hauptschülerinnen und -schüler fördern, Vermittlung von Berufspraktika erleichtern**  
**Vorlage: 0446/2011**

Herr Sierra Haupt stellt fest, dass die Hauptschulen noch 3 Schuljahre existieren würden und bittet, die Hauptschulen weiterhin zu unterstützen.

Frau Willius-Senzer bittet, den Antrag in einem halben Jahr wieder aufzurufen.

Herr Merkator sagt dies zu.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**Punkt 10**                    **Sachstandsbericht zu Antrag 0572/2008 ödp/Freie Wähler, Stadtrat, sowie Änderungsanträge 0646/2008 Bündnis 90/DIE GRÜNEN und 0649/2008 SPD**  
**hier: Finanzierung einer 3. IGS sowie eines weiteren Gymnasiums in Mainz**  
**Vorlage: 0447/2011**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis, der Antrag ist erledigt.

**Punkt 11**                    **Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 2257/2010 der Stadtratsfraktion ödp/Freie Wähler betreffend Kostenbeteiligung hessischer Kommunen an den Kosten für den Besuch hessischer Schüler in Mainzer Schulen**  
**Vorlage: 0498/2011**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis, der Antrag ist erledigt.

**Punkt 12**      **Sachstandsbericht zu Antrag 0387/2011 CDU-Stadtratsfraktion**  
**hier: Missstände an Mainzer Schulen**  
**Vorlage: 0734/2011**

Herr Solbach bittet, das Gremium am Ende einer Sitzung des Schulträgerausschusses einzuberufen.

Herr Merkator teilt mit, dass der Termin vor der nächsten Sitzung des Schulträgerausschusses geplant ist.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis, der Antrag ist erledigt.

**Punkt 13**      **Sachstandsbericht zu Antrag 2274/2010 FDP Stadtratsfraktion**  
**hier: Bildungsmesse: Welche Schule ist die Richtige?**  
**Vorlage: 0814/2011**

Frau Willius-Senzer ist über das Ergebnis der Umfrage nicht überrascht und akzeptiert, dass eine solche Messe wohl nicht gewollt sei.

Frau Havel-Scheuermann schlägt vor, dass die interessierten Schulen innerhalb der BBS IV eine solche Veranstaltung durchführen könnten.

Herr Merkator fragt nach der konkreten Organisation.

Frau Havel-Scheuermann ist bereit, die Veranstaltung in ihren Räumen zu organisieren.

Frau Willius-Senzer ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Herr Merkator weist darauf hin, dass es sich dann um eine schulische Veranstaltung handeln würde und erklärt, dass dieses Angebot in den Text der Beschlussvorlage für den Stadtrat aufgenommen werden wird.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**Punkt 14**      **Mitteilungen/Verschiedenes**

Der Vorsitzende weist auf die ausliegenden Informationsblätter zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sowie darauf hin, dass unbedingt Anträge auf Leistungen nach dem BuT gestellt werden müssten, um die Leistungen zu erhalten.

Die nächste Sitzung des Schulträgerausschusses findet am 20.09.2011, 16.30 Uhr, statt.

**Ende der Sitzung: 19:00 Uhr**

.....  
Vorsitz

.....  
Schriftführung

.....  
Urkundsperson

.....  
Urkundsperson